



Presseschau vom 18.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Irakischer Innenminister: Wir haben eigene Informanten in den Reihen des IS

Die irakische Armee setzt anscheinend in großem Stil auf eigene Spitzel in den Reihen des IS, um an wichtige Informationen über Pläne und Vorgehensweisen der Terrormiliz zu gelangen. In einem Interview für die Zeitung Independent berichtete nun der irakische Innenminister Kasim al-Aradsch, warum die Arbeit der Informanten so wichtig ist.

Laut al-Aradsch können die Informanten wichtige Angaben an die Führung der irakischen Armee weiterreichen, sodass sie die Attacken der Terrormiliz vorhersagen und kontrollieren kann.

Gleichzeitig entstehe dadurch die Möglichkeit, die Terroristen zu desinformieren.

Sobald es Informationen über einen bevorstehenden Anschlag gebe, evakuieren man die Menschen aus dem gefährdeten Bereich und lasse den IS praktisch in leeren Stadtvierteln die Bomben zünden. Danach veröffentliche man gefälschte Angaben über die Opfer und desinformiere so die Terrormiliz, erklärt der irakische Innenminister.

„Wir haben Leute, die mit dem IS arbeiten und sich bereit erklärt haben, mit uns zusammenzuarbeiten. Der IS weiß davon nichts, und wir achten darauf, dass unser Informant nicht auffliegt“, betont al-Aradsch.

Unter den Informanten seien beispielsweise Mitglieder wichtiger Familien in der IS-Hierarchie. Oft seien es die Frauen von IS-Kämpfern, die mit der irakischen Armee verdeckt kooperieren würden.

„Wir zahlen ihr (der Frau eines IS-Kommandeurs – Anm.d.Red.) und bleiben anonym. Aber sie macht es, weil sie ihre Söhne schützen und selbst am Leben bleiben will“, äußerte der Politiker.

Im Moment aber sei es äußerst unwahrscheinlich, dass die Terroristen weitere große Terroranschläge auf dem Territorium des Irak durchführen könnten, denn der IS kontrolliere keine großen Städte mehr

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben anlässlich des Besuchs einer Delegation von Vertretern des Verteidigungsministeriums der USA in der „ATO“-Zone ein Provokation im Gebiet von Popasnaja organisiert. Dies teilte der offizielle Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Die Kiewer Regierung unterlässt die Versuche nicht, die Notwendigkeit der Lieferung von tödlichen Waffen von Seiten der westlichen Partner zu beweisen. Dazu hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte gemeinsam mit den Massenmedien eine weitere **Provokation** organisiert. Heute haben ukrainischen Massenmedien gleich mit der Information über einen Besuch einer Delegation der US-Streitkräfte unter Leitung des Verteidigungsattachés der US-Botschaft in der Ukraine im Donbass eine **Information über einen Beschuss von Popasnaja von Seiten der LVR veröffentlicht**. Nach Angaben der Nationalpolizei wurde von Seiten der Volksmiliz ein Wohngebiet mit Artilleriegeschützen beschossen“, sagte er. „Wir wollen ein weiteres Mal betonen, dass unsere Einheiten das Feuer auf Popasnaja nicht eröffnen konnten, weil die Artilleriegeschütze der LVR von der Kontaktlinie abgezogen sind und sich in speziellen Lagerorten befinden, was die OSZE-Beobachter in ihren Berichten bestätigen“, unterstrich Marotschko.

„Ich will auch daran erinnern, dass wir zurzeit weiter den „Schulwaffenstillstand“ und die Minsker Vereinbarungen im Ganzen einhalten, obwohl unser Territorium ständig von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen wird“, sagte der Oberstleutnant.

„Aber weil der Besuch der US-Delegation in der „ATO“-Zone mehrere Tage dauert, schließen wir weitere Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und neue Beschuldigungen gegenüber den Republiken nicht aus“, fügte er hinzu.

vormittags:

Dnr-online.ru: Bericht des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR ... Zwischen dem 1. Januar und dem 16. November 2017 wurden auf dem Territorium der DVR 542 Menschen unterschiedliche schwer verletzt, darunter 320 Soldaten der Republik und 222 zivile Einwohner, darunter 14 Kinder unter 18 Jahren. Es starben 251 Menschen, darunter 221 Soldaten der Republik und 30 zivile Einwohner, darunter 2 Kinder. Seit Beginn des bewaffneten Konflikts starben in der DVR 4540 Menschen, darunter 605 Frauen und 3935 Männer, darunter 76 Kinder unter 18.

de.sputniknews.com: UN-Mandat in Syrien läuft ab: Russland stimmt gegen Japan-Resolutionsentwurf

Russland hat am Freitagabend laut der Agentur AP den von Japan vorgelegten Resolutionsentwurf zur Verlängerung des Mandats der Untersuchungskommission der Uno und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) für Syrien um 30 Tage im UN-Sicherheitsrat mit Veto belegt.

Das Mandat der Untersuchungskommission ist am 17. November um Mitternacht abgelaufen.

Wie UN-Sprecher Stéphane Dujarric gegenüber Journalisten sagte, wird ein Teil der Kommission zur Lösung von administrativen Fragen vorläufig weiter in Syrien bleiben. Das Mandat selbst sei aber nicht mehr gültig.

Wie der russische UN-Botschafter, Wassili Nebensja, sagte, ist die Verlängerung des Mandats der OPCW-UNO-Mission nur nach dem Korrigieren der grundlegenden Fehler in ihrer Arbeit möglich.

Das Dokument wurde von zwölf Ländern unterstützt. Neben Russland machte auch Bolivien von seinem Vetorecht Gebrauch. Ein weiteres ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates – China – enthielt sich der Stimme.

Japan legte seinen Resolutionsentwurf vor, nachdem der UN-Sicherheitsrat am Donnerstag weder den US-amerikanischen noch den russischen Resolutionsentwurf gebilligt hatte. Den US-Entwurf belegte Moskau mit einem Veto, während Russlands Entwurf keine ausreichende Stimmenzahl auf sich vereinigen konnte.

Das Mandat der Untersuchungskommission läuft am 17. November aus.

Der Gemeinsame Mechanismus der Uno und der OPCW (Joint Investigation Mechanism) hatte Mitte September dem UN-Sicherheitsrat seinen Bericht über Giftgas-Attacken in Syrien vorgestellt. UN-Experten hatten die syrische Armee für den Giftgasangriff in Chan Scheihun verantwortlich gemacht. Das Giftgas sei mit einer Bombe aus einem Flugzeug abgeworfen worden, meinten sie. Dem Bericht zufolge setzte der IS im September 2016 zudem Senfgas in der syrischen Stadt Umm Hausch ein.

Syrische Rebellen hatten Anfang April bei einer Giftgas-Attacke in der Stadt Chan Scheihun in der nordwestlichen Provinz Idlib rund 80 Tote und 200 Verletzte gemeldet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht. Die syrische Armee wies diese Vorwürfe entschieden zurück. Schon drei Tage später feuerte die US Navy aus dem Mittelmeer Dutzende Tomahawk-Raketen auf den syrischen Militärflugplatz Schairat ab – völkerrechtswidrig. Beweise für eine Schuld der syrischen Regierung gibt es bisher keine.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31333/67/313336720.jpg>

ukrinform.ua: Russen bauen Grenzzaun zwischen der Krim und ukrainischem Festland
Die russischen Besatzer bauen einen Zaun zwischen der annektierten Halbinsel Krim und dem ukrainischem Festland.

Das berichtet die russische Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf den Inlandsgeheimdienst FSB. Die 50 Kilometer lange Anlage soll in der ersten Hälfte des

kommenden Jahres fertig sein. Die veranschlagten Baukosten belaufen sich auf rund 200 Millionen Rubel.

de.sputniknews.com: **„Telefon-Terror“ in Russland: Nun auch Putin betroffen**

Gleich 50 anonyme Anrufe mit Bombendrohungen sollen bei der Reise des russischen Präsidenten Wladimir Putin nach St. Petersburg eingegangen sein: Sogenannte „Telefon-Terroristen“ meldeten laut Kremlsprecher Dmitri Peskow angebliche Sprengsätze auf der Route der Präsidenten-Wagenkolonne.

Die Anrufe seien unter anderem offenbar auch aus dem Ausland gemacht worden, so Peskow.

„Es sind etwa 60 Anrufe eingegangen, in denen man vor ungefähr 50 Sprengsätzen warnte, die an verschiedenen Stellen deponiert worden seien, darunter auch auf der Route der Wagenkolonne des Präsidenten“, sagte Peskow.

Die Bombenalarme hätten sich jedoch nicht bestätigt: Es sei kein einziger Sprengsatz entdeckt worden. „Natürlich hat der Sicherheitsdienst alles getan, was in dieser Situation erforderlich war“, so der Sprecher weiter. Die „Telefon-Terroristen“ hätten den Terminplan des russischen Staatschefs in keiner Weise beeinflusst.

Putin hatte am vergangenen Freitag St. Petersburg besucht, wo er an einem kulturellen Forum teilnahm.

Russland ist seit September Ziel sogenannter „Telephon-Terroristen“: Innerhalb von zwei Monaten sind in 186 Städten mehr als 2,3 Millionen Menschen wegen falscher Bombendrohungen evakuiert worden. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB schätzte den durch diese anonymen Anrufe verursachten Schaden auf 150 Millionen Rubel.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 12 Mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Shelobok, Sokolniki, Solgoje, Prischib und Logwinowo.**

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Lawrows Worte über „Fake Diplomatie“ empören US-Außenamt

Als empörend hat die US-Außenamtssprecherin Heather Nauert die Erklärung des russischen Außenministers Sergej Lawrow über die „Fake Diplomatie“ bezeichnet.

„Das ist ein weiterer Fall, wo ein führender Mann, ein Top-Diplomat etwas sagt, was empörend, unsinnig ist ... ich will das nicht kommentieren“, sagte Nauert gegenüber der Presse. Wie sie ferner erklärte, werde der gemeinsame Mechanismus „geachtet, geschätzt“. Russland wolle Syrien offenbar für manche Tätigkeit "nicht zur Verantwortung ziehen", so Nauert weiter.

Lawrow hatte zuvor die Erklärung der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, kommentiert, in der sie sagte, dass die russischen Diplomaten die UN-Resolution über die Verlängerung des Mandats der Untersuchungskommission der Uno und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) nicht hätten erörtern wollen. Laut Lawrow wolle Washington keinen ehrlichen Mechanismus der OPCW und der UNO in Syrien sehen. Zudem bezeichnete er Haleys Worte als Unwahrheit, in den letzten Tagen ergebnislos versucht zu haben, ihren russischen UN-Kollegen Wassili Nebenja telefonisch zu erreichen. Russlands Außenamtchef sprach in diesem Zusammenhang von einer neuen Erscheinung in den internationalen Beziehungen, „wo es nicht nur Fake News, sondern auch eine Fake Diplomatie“ gebe. Lawrow nannte diese Situation bedauerlich.

Russland hatte zuvor im UN-Sicherheitsrat den Resolutionsentwurf über die Verlängerung des Mandats der UN-OPCW-Mission blockiert. Das Dokument wurde von 11 Ländern unterstützt,

dagegen stimmte neben Russland nur Bolivien, China und Ägypten enthielten sich der Stimme.

Später war über einen russischen Resolutionsentwurf abgestimmt worden, der zusammen mit China und Bolivien ausgearbeitet worden war. Nur vier Länder befürworteten es. Dagegen stimmten die USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden, die Ukraine, Italien und Uruguay. Weitere vier Länder – Äthiopien, Japan, Ägypten und Senegal enthielten sich der Stimme.

Das Dokument erhielt somit nicht die erforderliche Unterstützung.

Im Oktober hatte der gemeinsame Mechanismus der OPCW und der UNO zur Untersuchung von Fällen des Chemiewaffeneinsatzes in Syrien dem Weltsicherheitsrat seinen Bericht zu den Giftgasangriffen in Chan Scheihun am 4. April sowie am 15.-16. September in Umm Hausch vorgelegt. Die Experten waren zum Schluss gekommen, dass im ersten Fall die syrischen Regierungstruppen Sarin und im zweiten Fall die IS-Terroristen Senfgas eingesetzt hätten. Die russische Seite ist indes überzeugt, dass sich der Bericht auf zweifelhafte Fakten stütze.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 32 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 12 Ortschaften der Republik mit Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: **Deutsche Banken und Behörden behindern Hilfstransporte nach Donbass**

Der Verein „Friedensbrücke“ organisiert Hilfstransporte in die selbsternannten Volksrepubliken in der Ostukraine. Jetzt weigerte sich die Berliner Volksbank, die Transportkosten an eine belarussische Spedition zu überweisen. Auch andere Hilfsorganisationen bekamen Probleme mit Zollbehörden. Was steckt dahinter: Inkompetenz oder „Ansprache von oben“?

Humanitäre Hilfe für die Menschen in den selbstverwalteten Gebieten in der Ostukraine ist ein heikles Thema und rechtlich anscheinend nicht endgültig geklärt. Zumindest bekamen deutsche Hilfsorganisationen jetzt Probleme mit Banken und Behörden, die sich auf die Sanktionsgesetze berufen, obwohl humanitäre Hilfe nicht darunter fällt.

Der Verein „Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe“ e.V. aus Wandlitz in Brandenburg hat sich im Mai 2015 gegründet und stellt seitdem regelmäßig Hilfstransporte für bedürftige Menschen im Donbass zusammen.

„Für uns als Verein spielt es erst einmal keine Rolle, ob der hungernde oder arme Mensch oder Kriegsflüchtling in Kiew lebt oder woanders. Aber die humanitäre Katastrophe spielt sich nun mal in den Volksrepubliken im Donbass ab. Die Bomben fallen nun mal dort und nicht in Kiew“, erklärt die Vereinsvorsitzende und ehemalige Spitzensportlerin Liane Kilinc im Sputnik-Interview.

Die Hilfe des Vereins gilt vor allem jenen, die in unmittelbarer Nähe des Frontverlaufs leben. Vorwiegend sind dies alte Menschen oder kinderreiche und sozial schwache Familien, denen es nicht möglich ist, diese besonders gefährdeten Gebiete zu verlassen. Geliefert werden vor allem Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel, Medizin und Spielzeug. Laut Rechenschaftsbericht konnte der Verein bis Ende 2016 bereits über 250.000 Euro an Spenden für den Donbass sammeln und auf über 300 Projekte verteilen.

„Wir können uns zum Glück über Spenden nicht beklagen. Viele unterstützen uns auch anonym — auch Ärzte und Krankenhäuser. Die Menschen verstehen, dass es uns darum geht, das Leid da unten zu lindern, die Kinder und Bedürftigen zu unterstützen. Heute gerade habe ich wieder einen tollen Anruf bekommen von der Gemeinde Wandlitz, dass sie uns hundert Schul-, Lehrer und Computertische geben. Das bringen wir dann in Schulen und Kindergärten im Donbass“, so Kilinc.

Der Verein arbeitet dabei mit Institutionen zusammen, die direkt vor Ort in den Krisenregionen tätig sind, berichtet die Vereinsvorsitzende:

„Vorwiegend arbeiten wir mit den Administratoren zusammen, das heißt mit den Bürgermeistern, aber auch mit Universitäten und den Ministerien für Sport, Kultur und Jugend. Es helfen uns auch Volontäre vor Ort.“

„In der Ukraine würden wir verhaftet werden“

Der Verein arbeitet auch mit einer russischen Hilfsorganisation aus Moskau zusammen, da sie nicht immer selbst Transporte schicken können, erklärt Kilinc. Der Kontakt hätte sich ergeben, als Kilinc einen ersten Hilfstransport in den Donbass privat unterstützte, noch bevor sie den Verein gründete. So blieb es bei der Zusammenarbeit über Russland. Die politische Dimension wurde ihr erst bewusst, als sie Drohungen von ukrainischen und proukrainischen Kräften bekam:

„Wenn man sich für eine Seite entscheidet, wird man automatisch von der anderen Seite verurteilt, vor allem im Internet. Wir werden auf Hetzseiten aufgelistet. Wir haben telefonisch und schriftlich Drohungen bekommen. Selbst Zeitungen, die über uns berichtet haben, haben Drohbriefe bekommen. Das waren übrigens immer nur regionale Zeitungen. Größere Zeitungen trauen sich nicht an dieses Thema ran, da sie ja auch sonst immer proukrainisch berichten. Wir wissen auch, dass wir nicht in die Ukraine einreisen dürfen. Dort würden wir verhaftet werden“, erzählt Liane Kilinc.

Belarus gleich Russland?

Die Hilfstransporte des Vereins werden von der Spedition Transmobil aus Minsk in die Kriegsgebiete in der Ostukraine gebracht, da deutsche Transporteure die Fahrt dorthin ablehnen. Bisher gab es keine Probleme. Der gemeinnützige Verein wurde in den letzten Jahren wiederholt und ohne jede Beanstandungen von den Finanzbehörden geprüft. Beim letzten Hilfstransport Ende Oktober 2017, auf dem sich unter anderem Nähmaschinen und Verbandsmaterial befanden, verweigerte allerdings die Hausbank des Vereins, die Berliner Volksbank, die Zahlung an die weißrussische Spedition mit Verweis auf die EU-Sanktionen gegen Russland.

Dnr-online.ru: Die Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen der Feueinstellung durch die ukrainischen Streitkräfte 32.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 535.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 817.

Nachmittags:

Dnr-news.com: Ein stellvertretender Minister nannte genaue Daten, wann „Russland den Donbass verlässt“

Der stellvertretende Minister für „Fragen des zeitweise okkupierten Territorien und Binnenvertriebene der Ukraine“ Jurij Grymshak gab genaue Daten für den „Abzug der russischen Truppen aus dem Donbass“. Dies berichtet der ukrainische Fernsehsender

Espresso.TV.

„Diese Information erhielt ich persönlich, ich betone das, aus verschiedenen Quellen, die sich in Moskau und „am Rande“ befinden. Mir wurde sogar ein genauer Zeitraum genannt, wann dies geschieht. Es wird im März-April des Jahres 2018 geschehen“, erklärte Grymstschak. Gleichzeitig weigerte er sich, die nAmen zu nennen, die ihm diese Informationen gegeben hatten.

„Verstehen Sie, was los ist, das sind Leute, die uns etwas zuspiesen, Sie riskieren viel“, sagte der ukrainische Beamte.

Auch behauptete Grymstschak, dass die ‚russischen Truppen nicht mehr ihre Waffen und Munition mit der Volksmiliz teilen‘ würden.

„Sie schossen – und dann gingen sie“, erklärte er.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1511004632_screenshot_4.jpg

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt**.

In Richtung Donezk hat der Gegner bei den Beschüssen Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **elf Ortschaften** hat der Gegner 61 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **vier Ortschaften** 132 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner auf **vier Ortschaften** 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **37 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Von unserer Aufklärung wurde in Tschernenko in der Nähe von Mariupol die Stationierung einer Kompanie aus dem 8. Bataillon der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ entdeckt. Der gestrige Beschuss von Besymennoje, in dessen Folge in der Nähe von friedlichen Stadtteilen 33 120mm- und 41 82mm-Mörsergeschosse detonierten, wurde vom Personal einer Kompanie dieser in der Ukraine ungesetzlichen militärischen Formation, die oft gegen den Willen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte und der ukrainischen Regierung handelt, durchgeführt.

Unsere Aufklärung deckt weiter Verluste des Gegners bei Personal und Technik auf. So geriet gestern um 18 Uhr ein Panzertransporter während des Transport von Personal des 10. Panzergrenadierbataillons der 59. Panzergrenadierbrigade von einer Position zu einer anderen drei Kilometer nordöstlich von Pawlopol auf eine eigene Mine. Ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte starb und drei wurden verletzt. Zur Bergung des Toten und der Verletzten zog der Gegner zusätzliche Kräfte und Mittel heran, darunter technische Abteilungen, die die Örtlichkeit entmineten. Um die Aufmerksamkeit von den Bergungsmaßnahmen abzulenken, haben Soldaten des 10. Bataillons der 59. Brigade in Verletzung der Minsker Vereinbarungen gleichzeitig mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen auf Positionen der Streitkräfte der DVR geschossen.

Es ist wichtig anzumerken, dass unsere Einheiten das Feuer nicht erwidert haben und es dem Gegner erlaubt haben, unbehindert seine Toten und Verletzten, zu denen es in der Folge der Nachlässigkeit des Kommandeurs des 10. Bataillons der 59. Brigade kam, zu bergen.

Außerdem wurden gestern Verluste an Personal in der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt. So wurden in der Folge eines Frontalzusammenstoßes eines Schützenpanzerwagens und einer Lastwagens KRAS, der Personal im Gebiet von Marinowka transportierte, drei ukrainischen Soldaten schwer verletzt. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass der Fahrer des KRAS betrunken war.

So sehen wir, dass die Mehrheit der Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte durch die Schuld der Kommandeure erfolgt, die die Kontrolle über ihr Personal versäumen oder **grobe Verletzungen der vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen** zulassen.

Unsere Aufklärung erhält weiter Informationen über **Korruption** in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte. Unter anderem wurde gestern, nachdem die Soldaten der 28. mechanisierten Brigade, die im Gebiet von Wolnochwacha stationiert sind, ihren Sold erhalten hatten, auf Entscheidung eines der Funktionsträger der Brigade – Major Solotuchin – beim Personal einer Haubitzenartillerieabteilung eine Sammlung von Finanzmitteln durchgeführt, angeblich für den Bedarf des Kommandeurs der 18. Panzergrenadierbrigade Oberst Polowez. Insbesondere ist nach der Version des Majors Solotuchin bei Oberst Polowez ein Unglücksfall in der Familie erfolgt und deshalb brauche er Unterstützung. Aber die Soldaten, von denen Gelder in einem Umfang von 700 Griwna eingesammelt wurden, stellten fest, dass dies nicht der Wirklichkeit entspricht.

Am wahrscheinlichsten ist es, dass Major Solotuchin, Codename „Tomograph“ seine Untergebenen belogen hat, um einen ungesetzlichen finanziellen Gewinn zu erzielen oder dass er eine Absprache mit dem Kommandeur des 18. Bataillons hat. Die Soldaten schließen auch die Version nicht aus, dass Oberst Polowez beschlossen hat, sich an den Soldaten der Nachbareinheit zu bereichern und dazu Solotuchin belogen hat.

[Ukrinform.ua: Friedensmission im Donbass: Gabriel spricht über Differenzen mit Russland](#)
[Deutschland und Frankreich haben substantielle Differenzen bei der möglichen Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ostukraine.](#)

[Das sagte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel bei seinem Besuch in Weißrussland. Die Idee von Deutschland und Frankreich und die Idee von Russland, wie die Friedensmission aussehen sollte, lägen noch weit auseinander, sagte laut Business Insider der Minister. Es wäre aber wünschenswert, das Fenster der Möglichkeiten nicht zu schließen.](#)

[de.sputniknews.com: „Äußerung von Sigmar Gabriel zu USA und Russland zwischen den Zeilen lesen“](#)

[Der Medienkonflikt zwischen Russland und den USA beeinträchtigt laut dem Politologen Pawel Salin die Wirtschaftsinteressen Berlins. Wie er gegenüber Sputnik sagte, kann der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel aus verständlichen Gründen nicht direkt darüber](#)

sprechen und richtet seine Aufmerksamkeit auf die Informationsaspekte des Konflikts. Gabriel hat den Konflikt zwischen Russland und den USA wegen der Arbeitsbedingungen für Massenmedien sowie die Vertrauenskrise zwischen den wichtigsten geopolitischen Akteuren kritisiert. Er betrachte Konflikte dieser Art, wo sie auch immer geführt würden, als problematisch, schwierig und gefährlich, sagte Gabriel. Ihm zufolge sollten die Länder stattdessen bei der Lösung globaler Aufgaben zusammenarbeiten, um die Sicherheit auf dem Planeten zu gewährleisten.

Laut dem russischen Experten Pawel Salin handelt es sich um die Folge eines tiefer wurzelnden politischen Konflikts, der sich auf die russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen negativ auswirke. Er betonte, dass Deutschland einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Russlands sei. Es sei daran interessiert, dass der Konfrontationsgrad zwischen Russland und den USA gesenkt werde.

Und der Abbau der Konfrontation solle zum Indiz für einen Konfrontationsabbau in allen anderen Bereichen werden, so der Politologe. Deshalb sei die Äußerung des deutschen Außenministeriums zwischen den Zeilen zu lesen. Die deutschen Politiker würden nämlich vom deutschen Unternehmertum abhängen und die deutschen und die europäischen Unternehmen seien mit den US-Einschränkungen für die Zusammenarbeit mit Russland sehr unzufrieden, betonte Salin.

Wegen des Vorwurfs der USA, Moskau hätte die US-Präsidentschaftswahl beeinflusst, musste der russische Staatssender Russia Today seinen US-Ableger RT America vor Kurzem als „ausländischen Agenten“ registrieren lassen. Russland werde mit gleichen Mitteln kontern, hieß es

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feuereinstellung **12 Mal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Sokolniki, Shelobok, Dolgoje, Prischib und Logwinowo**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 250 Geschosse abgeschossen. Die Zunahme der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf das Territorium unserer Republik ist in erster Linie mit dem **Besuchs einer US-Delegation in der „ATO“-Zone und der bevorstehenden Ankunft des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug** verbunden.

Das Kommando der „ATO“ hat die Anweisung aus dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte erhalten, für die Zeit der Arbeit der Kommission gestellte Beschüsse ihrer Positionen zu organisieren und die Einheiten der Volksmiliz dessen zu beschuldigen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gemäß den Anweisungen aus dem Generalstab auch Ortschaften auf dem von der Kiewer Regierung kontrollierten Territorium beschießen sollen.

Um diese Beschüsse in der „ATO“-Zone festzuhalten, wurden Vertreter ukrainischer Massenmedien dorthin geschickt, um in der Folge uns der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Ein solcher Fall geschah, wie Sie wissen, gestern, als das Kommando der ukrainischen Streitkräfte unsere Einheiten des Beschusses von Popasnaja beschuldigte.

Die moralisch-psychische Lage des Personal der ukrainischen Streitkräfte, die in der Konfliktzone herangezogen werden, bleibt gering.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurden Verluste im 8. Bataillon der 80.

Luftsturmgruppe festgestellt, wo der Soldat Andrej Dobrowolskij die ständigen Ausschreitungen von Seiten der Kommandeure nicht ertrug und Selbstmord beging. Das Kommando der Brigade versucht diesen Tod als Tod in der Folge eines Beschusses der Positionen der ukrainischen Streitkräfte von Seiten der Volksmiliz der LVR auszugeben.

Dnr-online.ru. Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR hat Informationen erhalten, die ein erhebliches Absinken des moralisch-psychischen Niveaus unter ukrainischen Nationalisten und georgischen Söldnern bestätigen sowie Zeugnisse über rechtswidrige Aktivitäten des „Rechten Sektors“ in Awdejewka. Dies teilte der Pressedienst des operativen Kommandos der DVR mit.

„Im Zeitraum zwischen dem 4. und dem 16. November sind bei den Rechtsschutzorganen von Awdejewka Mitteilungen über Unruhen in der Nacht in der Schewtschenko-Straße eingegangen, wo Kämpfer des „Rechten Sektors“ in örtlichen Einwohnern weggenommenen Häusern leben. Die Informanten bei der Polizei erwiesen sich als Soldaten einer der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte, die in der Nachbarschaft der ukrainischen Nationalisten wohnen. Nachdem eine Reaktion von Seiten der Polizei ausblieb, wandten sich die Soldaten an den Sicherheitsdienst der Ukraine und teilten zusätzliche Einzelheiten der nächtlichen Treffen der Kämpfer mit. Unter anderem geht aus dem Bericht hervor, dass Kämpfer des „Rechten Sektors“ systematisch Treffen mit Gesinnungsgenossen aus Peski und georgischen Söldnern durchführen, wobei Alkohol getrunken und Drogen genommen werden. Im Verlauf der Treffen werden Fragen der Unterstützung der Opposition und des Kampfes gegen die derzeitige ukrainische Regierung diskutiert.

Aus der Information wurde auch deutlich, dass die ukrainischen Nationalisten die Meinung verbreiten, dass der „Donbass von der ukrainischen Regierung verraten wird“ und dass es unbegründete Verluste in der Armee und den Freiwilligenbataillonen gibt. Insbesondere der Tod von Dmitrij Sumskij, Codename „Schaman“, hat sich nach Meinung der Kämpfer des „Rechten Sektors“ für sie als höchst ungünstig erwiesen.

Es ist wichtig anzumerken, dass bei der Erörterung von Fragen der Vorbereitung von Aufständen in der Ukraine der Name oder Codename „Kris“ genannt wird – ein ausländischer Söldner von westlichen Spezialdiensten, der die Aktivität des „Rechten Sektors“ in diesem Gebiet betreut. Nach Meinung von „Kris“ hat die Niederlage der US-Armee in Vietnam mit negativen Berichten von Veteranen, die nach Hause zurückkehrten, begonnen. Genau mit einer solchen Einstellung kehren jetzt nach Auffassung des Kurators ukrainische Soldaten aus dem Donbass nach Hause zurück. In diesem Zusammenhang empfiehlt er, sich nicht auf den Krieg im Donbass zu konzentrieren, sondern vor allem auf die Schaffung von Ordnung in Kiew.

Aus all dem folgt, dass in den Einheiten der ukrainischen Nationalisten und georgischen Söldnern defätistische Einstellungen zu herrschen begonnen haben; im Donbass sind Vertreter westlicher Spezialdienste anwesend, die die Aktivitäten des „Rechten Sektors“ und ausländischer Söldner betreuen, wofür sich Vertreter der SBU interessieren“, heißt es in der Mitteilung des operativen Kommandos der DVR.

de.sputniknews.com: „Jamaika“ beugt sich nicht vor Merkel – ist aber in Russland-Politik einig

Seit einem Monat kommen die Sondierungsgespräche über eine Jamaika-Koalition nicht von der Stelle, schreibt die Tageszeitung „Kommersant“ am Samstag. Die Hauptdifferenzen bestehen nach wie vor beim Klimaschutz, dem Familiennachzug von Flüchtlingen und bei den Finanzen.

Es gibt auch andere problematische Themen, deren Lösung noch aussteht. Hinsichtlich der Russland-Politik gibt es dabei zwischen den Jamaika-Parteien keine wesentlichen

Differenzen. Sie alle sind sich darin einig, dass die Sanktionen erst nach der Umsetzung des Maßnahmenpakets zu den Minsker Vereinbarungen zur Beilegung des bewaffneten Konflikts in der Ost-Ukraine aufgehoben werden sollten.

Das Grundgesetz sieht keine zeitlichen Einschränkungen bei der Regierungsbildung vor. 76 Tage hat es dazu 1976 gebraucht. Seit der neue Bundestag am 24. September seine Arbeit aufgenommen hat, gilt das Kabinett Merkel als amtierend, bis die nächste Zusammensetzung der Regierung bestätigt ist. Ein solches Kabinett darf keine neuen Gesetze verabschieden. Sollten die Sondierungsgespräche endgültig scheitern, kann der Bundespräsident Neuwahlen ansetzen. Aus der Sicht deutscher Experten wäre dies für die Jamaika-Parteien äußerst ungünstig: Die Wähler würden sie möglicherweise für die fehlende Einigungsfähigkeit bestrafen und ihre Stimmen anderen politischen Kräften geben. Angela Merkel hat eine Neuwahl kategorisch ausgeschlossen

Dnr-news.com: „Für 14000 Griwna – das sind keine Söldner“: Georgische ATO-Teilnehmer sprachen über den Kampf um ihr Heimatland

Die Kämpfer der georgischen ethnischen Einheit der ukrainischen Streitkräfte „Georgische Legion“ erzählten, aus welcher Motivation heraus sie in die Ukraine flogen und für „ihr Heimatland“ zu kämpfen.

„Ich bin ein ehemaliger Offizier der georgischen Armee. Ich wurde entlassen und im Mai 2015 kam ich in die Ukraine. Das ist die „Georgische Legion“. Wir sind hoch motiviert, weil wir unsere eigene Erde schützen, unsere Heimat und unsere Freiheit, - und das ist die größte Motivation!

Ich teile nicht ein in Ukraine und Georgien – das ist ein Ganzes!“, sagte der Kommandeur einer Kompanie.

Er betonte, dass die Teilnahme an der Okkupation des Donbass für Geld angeblich kein Söldnertum sei, weil der Sold seines Erachtens sehr gering ist:

„Keine Söldner, mein Lieber! Für 14000 Griwna (31000 Rubel – Anm. d. Red.) kannst du keinen Söldner mieten!, versicherte der Georgische ATO-Teilnehmer.

Außerdem erzählte der georgische Patriot der Ukraine, dass er den Tanz „Goy-Pak“ sehr mag.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1510992913_screenshot_1.jpg

ukrinform.ua: Stoltenberg: Die Tür zur NATO ist für Ukraine offen

Die NATO hält die Tür für neue Mitglieder offen. Das erklärte der NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, in Kanada, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Die Tür ist offen und die Tatsache, dass sich die Zahl der Allianzmitglieder seit dem Ende des Kalten Krieges verdoppelte, ist der beste Beweis dafür. Im Frühling 2017 ist der NATO das 29. Land Montenegro beigetreten“, antwortete Stoltenberg auf die Frage über die Haltung der Militärallianz zur möglichen Mitgliedschaft der Ukraine. Das Land solle aber gewissen Standards entsprechen. „Georgien und die Ukraine sind derzeit auf Reformen konzentriert: Modernisierung ihrer Verteidigungsinstitutionen, Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Demokratie. Die NATO und Verbündete helfen ihnen bei der Umsetzung von diesen Reformen“, erklärte er. Stoltenberg betonte weiter, kein Drittland habe kein Vetorecht bei der Erweiterung der NATO. Das würden alle 29 Mitglieder entscheiden

Dnr-online.ru: Heute am 18. November gegen 14:40 haben die ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern **Spartak** im Norden von Donezk beschossen“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

„Bis jetzt hat der Gegner 28 Mörsergeschosse des Kalibers 1200 aus Richtung Opytnoje (Murawejnik) abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen und großkalibrige Waffen verwendet“, heißt es in der Mitteilung.

Dnr-online.ru: Heute, am 18. November hat die Beobachtergruppe des GZKK „Gorlowka“ um 13:15 während einer Patrouille gemeinsam mit Mitgliedern der spiegelbildlichen Kontrolle der OSZE-Mission aufgrund der Reparaturarbeiten am Schlammbehälter der Phenolfabrik am südlichen Rand von Leninskoje drei Salven von Schusswaffen festgestellt“, teilt die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

„Die Schüsse wurden aus westlicher Richtung aus einer Entfernung von 1,5-2 km auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium durchgeführt.

Vertreter der OSZE haben diesen Fakt festgestellt. Wir merken an, dass die spiegelbildliche Patrouille auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte den Beschuss nicht bestätigt. Nach Information des Diensthabenden der Streitkräfte der DVR wurden in diesem Gebiet Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zur genannten Zeit von unserer Seite aus nicht festgestellt“, heißt es in der Mitteilung.

abends:

Dnr-online.ru: Die ukrainische Seite verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen. Heute ab 17 Uhr haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte einen Beschuss von **Spartak** mit 120- und 82mm-Mörsern begonnen“, teilte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums der DVR mit.

„Die Einheiten der Streitkräfte der DVR waren gezwungen, das Feuer mit Schusswaffen zu eröffnen, um den Beschuss zu unterdrücken. Danach wurden die Beschüsse von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus eingestellt. Insgesamt hat der Gegner etwa 40 Mörsergeschosse abgeschossen“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: "Niedliche Verteidigerin" – Russlands Verteidigungsministerium hat ein neues Gesicht

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat eine neue Pressesprecherin ernannt – die 26-jährige Journalistin Rossijana Markowskaja. Die Herzen der russischen Bevölkerung konnte das neue Gesicht der Behörde nicht nur mit seiner Professionalität, sondern auch mit seiner Schönheit erobern.

Rossijana Markowskaya wurde am 6. Januar 1991 in Wladiwostok geboren und absolvierte ihr Studium in dieser fernöstlichen Stadt an der Fakultät für Journalismus der Fernöstlichen Föderalen Universität.

Danach arbeitete sie für die staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft Wladiwostok und wurde später Korrespondentin für den Fernsehsender des Verteidigungsministeriums „Swesda“.

Jetzt ist ihr ein riesiger Karrieresprung gelungen – sie wurde zur offiziellen Sprecherin des Verteidigungsministeriums ernannt.

Rossijana, die unüblicher Weise nach ihrem Heimatland benannt ist, ist dabei nicht nur eine hochbegabte Journalistin, sondern führt einen aktiven Instagram-Account, über den sie nun wohl die Herzen Tausender Internetnutzer ganz ohne Kampf erobern konnte.

Schnell fanden Russen für sie auch einen Spitznamen: „Oboronjascha“. Ein Wortspiel, das sich ins Deutsche etwa als „die niedliche Verteidigerin“ übertragen lässt.

Außer dem schönen Anblick kann Rossijana auch mit ihren künstlerischen Fähigkeiten überzeugen. Sie spielt Musikinstrumente und singt, was ebenfalls in den sozialen Netzwerken begutachtet werden kann.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31834/94/318349423.jpg>

dnr-news.com: Die Frau Poroschenko wird des Diebstahls von Geldern verdächtigt, die für behinderte Kinder vorgesehen waren

Die First Lady der Ukraine Marina Poroschenko ist vermutlich an Geldwäsche über internationale humanitäre Fonds, die für Kinder mit begrenzten Möglichkeiten geschaffen wurden, beteiligt. Dies berichtet der Luxembourg Herald mit Bezug auf eine Quelle im Justizministerium der Ukraine.

„Die Arbeit wird von Marina Poroschenko unterstützt, die persönlich die Geldbewegungen auf den Konten dieser Fonds „kontrolliert“ und aktiv an ihrer Promotion teilnimmt“, heißt es in dem Artikel.

Nach Informationen der Zeitung haben die USA und europäische Länder Gelder für die Bedürfnissen von ukrainischen Kindern mit begrenzten Möglichkeiten an gefälschte internationale Hilfsfonds überwiesen. Gelder von den Konten dieser gemeinnützigen Organisationen wurden an verschiedene Firmen, auch an Offshore-Firmen überwiesen und die Fonds wurden geschlossen, heißt es in der Publikation.

Die Luxembourgsche Zeitung erwähnt speziell die Organisation International Renaissance-

Stiftung von George Soros, über den nach diesem Schema Dutzende und Hunderte Millionen Dollar verschwanden.

Die Quelle im Justizministerium der Ukraine lieferte den Luxembourgeoischen Journalisten auch Daten über die Tätigkeit der Wohltätigkeitsorganisation „Starke Ukraine“, an deren Arbeit Marina Poroschenko beteiligt war. Nach Aussagen der Quelle haben die Organisatoren des Fonds nach der Aneignung des Geldes beschlossen, das Unternehmen zu liquidieren. Der stellvertretende Leiter der Präsidentenadministration der Ukraine Rostislaw Pawljenko wird ebenfalls der Beteiligung an diesem Korruptionsschema verdächtigt.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1511026553_original-1.jpg